

# Merseburger Kreisblatt.



**Abonnementspreis:** Vierteljährlich bei den Aus-  
trägern 1,50 M., in den Ausgabestellen 1 M., beim  
Postbezug 1,50 M., mit Postgebühren 1,92 M. Die  
einzelne Nummer wird mit 15 Pf. berechnet. —  
Die Expedition ist an Wochentagen von früh  
7 bis abends 7, an Sonntagen von 8<sup>1/2</sup> bis 9 Uhr  
geöffnet. — Sprechstunden der Redaktion abends  
von 6<sup>1/2</sup> bis 7 Uhr. — Telefonnr. 274.

**Anfertigungsgebühr:** Für die 6 gelbtebene Korpus-  
seite oder deren Raum 20 Pf., für Karte für  
Merseburg und Umgegend 10 Pf. Für verorbliche  
und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung.  
Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet.  
Konten und Rechnungen außerhalb des Inlandverkehrs  
40 Pf. — Sämtliche Annoncen-Bureaus nehmen  
Inferate entgegen. — Telefonnr. 274.

## Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Kaufpreis der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gekürzt.

Nr. 32.

Dienstag, den 8. Februar 1910.

150. Jahrgang.

Im Monat März d. Js. soll eine **Körung**  
von **Juchstücken** stattfinden. Die Besitzer  
von Juchstücken, welche dieselben zum Ver-  
kauf fremder Rasse verwenden wollen, fordern  
ich hierdurch auf, die Tiere unter Angabe des  
Alters, der Farbe und der Rasse bis zum 20.  
d. Mis. unter Einbringung von 3 M. Körge-  
bühren an die Kreiskommunalkasse bei mir  
anzumelden.

Die Anmeldung ist **schriftlich** zu bewirken.  
Bei Angabe der Rasse ist zwischen **Höhenvieh**  
und **Niederungsvieh** zu unterscheiden. Zum  
Höhenvieh gehören: Fleckvieh (Simmentaler);  
einfarbig gelbes Höhenvieh, Braunvieh, kleines  
rotes Höhenvieh, rotbläufiges Höhenvieh,  
sonstiges Höhenvieh.

Zum **Niederungsvieh** gehören: Schlestes  
Rotvieh, rotes schleswigisches Milchvieh, braune  
Ostfriesen, rotbuntes Niederungsvieh, schwarz-  
buntes Niederungsvieh, Schorthorns.

Kreuzungen zwischen Höhen- und Niede-  
rungsvieh sind besonders anzugeben.  
Merseburg, den 2. Februar 1910.  
Der **Königliche Landrat**.  
J. B.  
Mangold.

### Wieder einen Sozialdemokraten als einen Konserbativen — die Freisinnig-Parole.

Bei der Reichstagswahl in Landsberg—  
Goldin hatte die freisinnige Presse die Parole  
ausgegeben: **Wieder einen Sozialdemokraten,  
als einen Konserbativen zu wählen.** Man  
wird annehmen dürfen, daß dieser Vorgang  
nicht vereinzelt bleiben wird, sondern daß er  
als Symptom erscheint, und daß so ist es  
nödig allen Vorgängen Beachtung zu schenken,  
die gleiche oder ähnliche Bestrebungen erkennen  
lassen.

Da ist es nun zunächst die in voriger  
Woche getätigte Reichstags-Wahl in Eisenach—  
Dernbach, bei der sich ein Antisemit, ein  
Liberaler und ein Sozialdemokrat gegenüber  
standen. Der letztere ist bekanntlich gewählt  
worden.

Wie saß nun die freisinnige „Eisenacher  
Tagespost“ diesen sozialdemokratischen Sieg  
auf? Als einen Sieg auch des Liberalis-  
mus, insofern verhindert worden sei, daß ein  
„Reaktionär“ gewählt wurde. Man braucht  
nun keinen antisemitischen Tendenzen zu  
huldigen, um doch zu wissen, daß der be-  
treffende Kandidat derjenige der Landwirte  
und der Kleinrentier war, also des produ-  
zierenden Mittelstandes.

Man sollte es kaum für glaublich halten,  
daß die freisinnige „Eisenacher Tagespost“  
den sozialdemokratischen Kandidaten für das  
„feinere Uebel“ hält. Wörtlich schreibt das  
genannte Blatt: „Wir geben unversehens  
unserer vollen Zustimmung darüber  
Ausdruck, daß es gelungen ist, die real-  
tionalen Vertreter aus unserem  
Wahlkreise zu besetzen und wir  
freuen uns des weiteren, daß die Kandidatur  
der Vereinigten Liberalen immerhin und  
trotzdem eine erfolgreiche war.“

Wit andern Worten ist es genau dieselbe  
Anschauung, wie in Landsberg: **Wieder einen  
Sozialdemokraten, als einen Konserbativen.**  
Wie steht es im Wahlkreise Merseburg—  
Querfurt? Vorige Woche ist im  
„Merseb. Kor.“ ein Wahlartikel eines  
Anonymus erschienen, worin es mit Bezug

auf die künftige Reichstagswahl hieß: „Die  
Konservativen werden den Abgeordneten  
Winkler das nächste Mal wieder wählen,  
diesmal aber allein, selbst wenn es zur  
Stichwahl kommt.“ Das soll doch wohl  
heißn, daß im Falle einer Stichwahl zwischen  
dem Konservativen und dem Sozialdemokraten  
die Freisinnigen für den Konservativen nicht  
stimmen werden. Wie sie stimmen würden,  
ist allerdings nicht gesagt, bei der letzten  
Reichstags-Stichwahl lautete die offizielle  
freisinnige Partei-Parole in unserm Wahlkreise:  
Es ist jedem Wähler freigestellt, ob er den  
Konservativen oder den Sozialdemokraten  
wählen will.

Vielleicht wird in diesem wichtigen Punkt  
schon bald eine erklärende Erklärung für die  
nächste Reichstagswahl abgegeben?

### Die Wahlrechts-Vorlage.

In der regierungsfreudigen Begründung der  
Vorlage heißt es über die geheime Wahl,  
welche bekanntlich nicht eingeführt werden  
soll:

Die Einführung der geheimen Abstimmung  
hat die Regierung bereits in der Erklärung  
vom 10. Januar 1908 abgelehnt. Es wird  
mithin die Stimmabgabe auf Protokoll fest-  
gehalten. In kleinen Stimmbezirken, die zur  
Erleichterung der Wahl notwendig sind, läßt  
sich das Wahlgeheimnis für die zweite und  
erste Abstellung nicht wahren, und man kann  
nicht, so heißt es zu diesem Punkte in der  
Begründung, der dritten Abstellung gewöhnen,  
was sich für die beiden anderen nicht sichern  
läßt.

Gegen böswillige Verleumdungen des Wahl-  
geheimnisses und gegen terroristische Beein-  
flussungen der Wähler schlägt auch die ge-  
heime Wahl erfahrungsgemäß nicht. Sie be-  
dünstigt eher die Neigung, sich solcher Mittel  
zu bedienen, fördert die heimliche Verbreitung  
von Unzufriedenheit und birgt die Gefahr in  
sich, daß auch in Wählerkreisen, auf deren  
Erhaltung bei unerschütterlichem Staatsbe-  
wußtsein nicht verzichtet werden kann, das  
politische Verantwortungsgefühl ab empfun-  
det wird. Die im preussischen Staate überleete  
Öffentlichkeit der Wahl erhält das Bewußt-  
sein politischer Verantwortlichkeit rege und  
nur durch Stärkung und Geltung dieses  
Bewußtseins schreibt die Selbstregierung des  
Volkes zu Staatsgewinnung und zu poli-  
tischem Fortschritt vorwärts. Ein Blick in  
die Statistiken der Landtags- und der Reichs-  
tagswahlen zeigt zudem, daß die geheime  
Wahl staatsfeindlichen Bestrebungen den  
Schein einer Stärke und Verbreitung ver-  
leiht, die sie nicht besitzen. Der Sozialde-  
mokratie gibt bei den Landtagswahlen nur  
ein Drittel, in Berlin nur wenig über die  
Hälfte der Wähler wieder die Stimme, die  
wenige Monate vorher bei den Reichstags-  
wahlen für sie gestimmt haben. Und doch be-  
steht kein Zweifel darüber, und wird auch  
von der sozialdemokratischen Parteipresse aus-  
drücklich anerkannt, daß diese Partei bei der  
öffentlichen Stimmabgabe nicht minder als  
bei der geheimen alle ihre überzeugten An-  
hänger und jeden ihrem Einflusse sonst  
wirklich zugänglichen Wähler für sich in Be-  
wegung zu setzen weiß.

Im preussischen Staat beherrscht der Grund-  
satz der Öffentlichkeit auch sonst alle wich-  
tigeren Vorgänge des staatlichen Lebens,  
namentlich das weite Gebiet der kommunalen  
Wahlen. Eine Verringerung des Landtags-  
wahlrechts in diesem Punkt würde kaum ohne  
Schädigung auch auf alle die anderen Ge-

biete des öffentlichen Lebens bleiben  
können.

**Die neue Wahlrechts-Vorlage**  
findet im allgemeinen in der Presse eine  
wenig günstige Aufnahme. Die links-liberalen  
und sozialdemokratischen Blätter weisen sie  
vollständig ab, die Blätter der Mittelparteien  
und der Rechten sind auch nicht zuredehen.  
Es liegen folgende Press-Auslassungen vor:

„Berlin, 5. Febr. Die „Kreuztg.“ schreibt:  
Das Beste, was man zu ihrem Lobe sagen  
könne, sei, daß sie sich von dem Reichstags-  
wahlrecht sehr fern halte. Entscheidend für  
ein endgültiges Urteil werde erst sein, wie  
man sich die Wirkung auf die politische  
Weiterentwicklung des Volkes zu denken  
habe.“

„Berlin, 5. Febr. Ein Teil der Berliner  
Morgenblätter äußert sich über die Wahl-  
rechtsvorlage. Die „Ägl. Rundschau“ schreibt:  
Die Vorlage bringt in dem, was sie nicht  
bringt, ein reiches Maß von Kompromiß-  
möglichkeiten. Sie hält an der öffentlichen  
Stimmabgabe fest und schweigt sich über die  
von der Linken so sehr erwartete Wahlkreis-  
einteilung völlig aus. — Die „Deutsche Tages-  
zeitung“ schreibt: Wir können nicht finden,  
daß die Beseitigung des preussischen Wahl-  
systems begründet ist. Soll es aber refor-  
miert werden, so muß die Reform auch eine  
Bürgschaft dafür bieten, daß das neue Wahl-  
gesetz auch wirklich etwas Besseres an seine  
Stelle setzt. — Der „Vorwärts“ schreibt: Die  
Vorlage bringt der Menge der Entrechteten  
nicht den mindesten Vorteil. Sie ist eine  
Rechtsklärung an das preussische Volk. —  
Die „Freisinnige Zeitung“ sagt: Wenn es  
darauf ankommt, durch komplizierte Be-  
stimmungen den Charakter, den Wert und die  
Wirkung der Wahlrechtsvorlage zu verhallen,  
so hätte das kaum besser geschehen können,  
als es in der neuen Wahlrechtsvorlage ver-  
sucht wurde. Wie aber steht es mit der un-  
gemein wichtigen Neueinteilung der Wahl-  
kreise?“

„Böln, 6. Febr. Die nationalliberale  
„Bölnische Zeitung“ schreibt anscheinend partei-  
los: Die Nationalliberalen werden es mit  
Recht weit abweisen, den Vorschlägen  
mit Regierungsverantwortung oder sie gar  
als ein Geschenk zu betrachten. Man mag im  
liberalen Lager die einzelnen Änderungen  
und Zugeständnisse beurteilen, wie man will:  
die Reform ist unzulängliches Stückwerk. Die  
Reform will ernstlich gar nichts in der Be-  
vorzugung des flachen Landes und der in  
Preußen herrschenden konservativen Partei  
ändern. In diesen Punkten will sie das  
agrarische Uebergewicht sogar noch verstärken.  
Der Nationalliberalen geht es gegen den  
Stich, eine Reform zu loben, deren Urheber  
der Vorzuglichkeit des Dreiklassenwahl-  
rechtes überzeugt sind. In dem zur Wahl-  
rechtsvorlage veröffentlichten Auszuge wird  
die Fiktion aufrecht erhalten, daß im all-  
gemeinen alle Stände, vor allem der kleine  
Mittelstand, zu einer ihrer Bedeutung ent-  
sprechenden Vertretung im Parlament ge-  
kommen sind, daß das preussische Ab-  
geordnetenhaus nicht aus Minderheits-  
wahlen hervorgeht, daß sich die dritte  
Abteilung auch gegen die erste und zweite  
behalten kann. Wir meinen, diese Art, mit der  
Statistik zu spielen, wäre schon vor Wochen,  
als die Berliner Korrespondenz“ mit ihrer,  
von dem Geiste der neuen Vorlage getragenen  
Arbeit kam, genügend abgetan worden. Aber

sie kehrt zurück, und doch sollten alle diese  
Veruche an der einen Zatlage zerfallen, daß  
Zweidrittel oder gar Dreiviertel aller Wähler  
berechtigt auf ihr Recht zu verzichten  
pflegen, weil sie es für wertlos halten.

„München, 6. Febr. Die nationalliberalen  
„Münch. Neuesten“ schreiben, nachdem sie  
die Vorlage abfällig beurteilt: Wie ist nun  
zu verfahren? Der nächste Gedanke wäre,  
daß die Liberalen, die Freisinnigen und die  
Nationalliberalen den ganzen Entwurf einfach  
verworfen. Es fragt sich nur, was dabei  
herauskommt? Die Konservativen werden  
zweifellos behaupten, das Maß der Zuge-  
ständnisse sei viel zu groß und Preußen treibe  
damit dem Abgrund zu, und auf der andern  
Seite werden die Sozialdemokraten diese  
Möglichkeit des Entwurfs begrifflichweise  
unter Spott und Entrüstung bejahen wollen.  
Das Centrum aber wird jedenfalls streupellos  
im Tischen sitzen. Somit ist für die Libe-  
ralen die nur eine schwache Minderheit im  
Abgeordnetenhaus darstellen, die Lage außer-  
ordentlich schwierig. Sollen sie ein Gesetz zu-  
stande bringen helfen, das nur so bedehene  
Verbesserungen bringt? Und sollen sie mit-  
wirken, daß als natürliche Folge der Annahme  
einer so unzureichenden Reform die Forderung  
einer gründlichen und gerechten, die doch end-  
lich einmal kommen muß, um ihre agitatorische  
Energie gbracht wird? Denn so viel ist doch  
sicher, daß, wenn diese „Reform“ jetzt so, wie  
sie vorgelegt ist, zustande kommt, die nächste  
Reform des Wahlgesetzes auch unabsehbar  
weite Zeit vertagt ist.“

„Böln, 6. Febr. Die „Böln. Volkszg.“ schreibt: „Auch die direkte  
Wahl ist der bisherigen indirekten vorzu-  
ziehen, aber all diese relativen Vorzüge  
können nicht zur Geltung kommen ge-  
genüber dem Festhalten an der öffentlichen  
Wahl. Die Aufrechterhaltung der öffent-  
lichen Stimmabgabe allein schon macht für  
uns die ganze Wahlrechtsvorlage unan-  
nehmbar. Das Centrum wird un-  
bedingt als erste Forderung das geheime  
Wahlrecht verlangen.“

### Zur Besetzung der Staatsbeamten.

Die Budgetkommission des Abgeordneten-  
hauses verhandelt den Etat des Finanz-  
ministeriums. Er wurde in Ausgabe und  
Einnahme genehmigt.  
Der Finanzminister erklärte hierbei,  
daß ein gesetzgeberisches Einschreiten gegen den  
Serienlosgang in die Unbedeutend-  
heit sei. Die Staatsregierung habe einen  
Gesetzesentwurf fertiggestellt, welcher beim  
Staatsministerium sich befände und in Wälde  
dem Parlament vorgelegt werde. Ebenso steht  
unmittelbar bevor die Vorlage eines Gesetz-  
entwurfs betreffend die Reisekosten der  
Beamten. Hinsichtlich des Wohnungsg-  
eldzuschusses halte er es für richtig,  
zunächst mit den einzelnen Fraktionen zu  
verhandeln. Es gäbe für die Regierung und  
Preußen nur zwei Möglichkeiten, entweder  
bleibe einschließlich des Provinzialrat befehen,  
oder Preußen müsse sich dem Reich an-  
schließen. Der Minister beabzieht die Differen-  
zierung zwischen dem Wohnungsgeldzuschuß  
der Reichsbeamten und der Staats-  
beamten. Man strebe aber an, in Bezug  
auf den Wohnungsgeldzuschuß eine Gleich-  
stellung mit dem Reich herbeizuführen. Diese  
Maßnahme werde allerdings erhebliche Kosten  
verursachen. Es würden dadurch 100 Oete in  
der 1. Klasse herabgesetzt, 5 h d h t  
werden. Erstere würden eine Herabsetzung



des Zuschusses von 4 854 000 M. herbeiführen, letztere einen Mehraufwand von 6 Millionen erfordern. Die Regierung nehme aber in Aussicht, die jetzt in den ersten Orten befindlichen Beamten bei ihrem bisherigen Wohnungsgeldzuschuß zu belassen. Unter diesem Gesichtspunkte würde die Mehraufwendung 4 bis 5 Millionen betragen. Der gegenwärtige Zustand sei nur ein Provisorium. — In der Kommission waren die Ansichten geteilt, ob eine Gleichstellung mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen angebracht sei.

Die Regierung teilte ferner mit, daß 878 etatsmäßige und 372 außeretatsmäßige Mitglieder der Regierung vorhanden seien. Im vorigen Jahre habe das Dienstalter des ältesten angestellten Regierungsrates zehn Jahre neun Monate, das des jüngsten zehn Jahre acht Monate betragen. Im Jahre 1910 würde das Dienstalter der angustellenden Regierungsräte 11 1/2 Jahre betragen. Um eine Versetzung einzutreten zu lassen, seien 15 neue Stellen geschaffen. Es würde dann das Dienstalter 10 Jahre 7 Monate betragen. Bei der Besoldungsordnung sei angenommen worden, daß das Dienstalter bei der Anstellung 10 Jahre 5 Monate betragen werde. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Stellenzulage von 600 M. an 167 Regierungsräte gewährt wurde, davon entfallen 141 auf Stellvertreter der Oberregierungsräte, der Rest zum größten Teil auf Mitglieder der Bezirksauschüsse.

Der Fonds für Unterhaltungen für Beamte, welche zu oder vor dem 1. April 1907 in den Ruhestand versetzt sind, und für Witwen und Waisen dieser Beamten und der vor diesem Zeitpunkt verstorbenen aktiven Beamten (1,750,000 M.) ist in den Jahren 1907 und 1908 nicht völlig aufgebraucht worden. Inzwischen sind die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Fonds erleichtert, so daß für die Zukunft mit vermehrten Ausgaben gerechnet werden kann. Um jedoch für den Fall, daß bei dem Fonds auch noch im Jahre 1910 Ersparnisse eintreten sollten, den entsprechenden Betrag für die Folgezeit reservieren zu können, ist der Fonds als übertragbar bezeichnet. Gegenüber den Wünschen der Beamten, daß sie so behandelt werden wollten, als wenn sie nach der Gehaltsregulierung pensioniert wären, wies der Minister darauf hin, daß dies grundsätzlich nicht konzediert werden könne. Es sei grundsätzlich daran festzuhalten, daß das Beamtenverhältnis nach dem Ausschließen der Beamten aufhöre. Wenn man den vor dem 1. April 1907 ausgeschiedenen Beamten ihre Pension um 10 v. H. erhöhe, so würde das eine Ausgabe von 9 Millionen bedenten.

**Die „Erfassung“ der Steuern.**

Die Budgetkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses genehmigte den Etat der Verwaltung der direkten Steuern, sowie den Etat der Verwaltung der Zölle und der indirekten Steuern ohne Änderung. Der Finanzminister erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die Verbilligung noch lange nicht zur richtigen Erfassung der Einkommen- und Ergänzungsteuer gekommen sei. 23 vom Hundert aller Erklärungen sind beanstandet worden. Daburich ist die Steuer der beanstandeten Beseniten um ein Drittel erhöht worden. Das nächste Ziel, das die Gesetzgebung sich stellen müsse, sei, daß die Veranlagung ergänzt werden müsse durch Selbstdeklaration zur Ergänzungsteuer. Das ist namentlich wichtig bei den Beseniten unter 3000 M. Die Deklarationspflicht der Banken und Sparkassen unterliege erheblichen Bedenken wegen des tiefen Eindringens in die Privatverhältnisse. Die bisherige Statistik gibt keinen Anhalt dafür, ob auf dem platten Lande mit der selben Schärfe vorgegangen wird wie in den Städten. Infolgedessen stellt der Minister für die kreisfreien Städte für die kleineren Städte und das platte Land Stichproben in einzelnen Regierungsbezirken an, welche allgemein ergaben, daß fast überall der Prozentfuß der Beanstandung in den kreisfreien Städten etwas geringer ist als auf dem platten Lande unter Hinzurechnung der nicht kreisfreien kleinen Städte.

**Reichstag.**

\* Berlin, 5. Februar.

Im Reichstag wurde heute die Vorlage über die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika in drei aufeinanderfolgenden Besungen und 2 Sitzungen in knapp 1/2

Stunden erledigt. Eine Debatte fand überhaupt nicht statt.

Der Staatssekretär des Reichsamt des Innern De la Motte leitete die Vorlage ein, indem er die Bedeutung des gegenwärtig bestehenden Handelsabkommens mit den Vereinigten Staaten beleuchtete, das im Jahre 1907 in der Erwartung geschlossen worden sei, daß wir bald zu einem langfristigen Handelsabkommen gelangen würden. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß das neue amerikanische Tarifgesetz keine Bestimmung mehr enthält, auf Grund deren die Vereinigten Staaten einem anderen Lande besondere Tarifzugeständnisse gewähren können. Unsere Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten haben infolgedessen eine Stabilität erfahren, als die Vorhaft des Präsidenten Taft, die die Gewährung des Mostinmostariffs ausdrückt, gesetzgeberische Bedeutung hat. Der Staatssekretär schiederte sodann die Schwierigkeit der Verhandlungen, die verschiedene amerikanischen Forderungen, die einen starken Eingriff in unsere gesetzgeberische und vollzählige Autonomie enthielten, erklärte, daß es gelungen sei, die Amerikaner zum Verzicht auf einen großen Teil ihrer Forderungen zu bewegen und legte dann des Näheren die Bestimmungen des neuen Handelsabkommens dar, ohne jedoch zu verschweigen, daß der größere Vorteil auf amerikanischer Seite liege. Es kam vor allen Dingen, so schloß der Staatssekretär, darauf an, den kritischen Tag, den 7. Februar d. J., nicht herankommen zu lassen, ohne die Gefahr zu beseitigen, daß unser Handel, unsere Industrie und Schiffahrt in ihren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gefährdet würden.

Die Vorlage wurde zunächst in zwei Besungen, dann in der unmittelbar sich anschließenden dritten Besung endgültig angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

\* Berlin, 5. Febr. Als ein Zeichen der guten Beziehungen Deutschlands zu Amerika und als eine Kundgebung der Sympathie auch des Reichstages kann die heutige Beratung der Vorlage betreffend die Handelsbeziehungen zu Amerika betrachtet werden. Ohne Debatte und nur nach einer kurzen Begründung durch den Staatssekretär De la Motte wurde die Vorlage gleich in erster Besung beraten, dann in zweiter Besung angenommen und dann sofort mit Zustimmung des ganzen Hauses auch in dritter Besung endgültig angenommen. Die ganze Sitzung hat kaum eine halbe Stunde gedauert. Gegen die Vorlage stimmten nur einige Mitglieder des Bundes der Landwirte.

**Politische Uebersicht.**

**Deutsches Reich.**

\* Berlin, 6. Februar. (Hofnachrichten.) Die Kaiserlichen Majestäten besuchten heute den Gottesdienst. — In der Deutschen Orientgesellschaft erbrachte in Anwesenheit des Kaisers Professor Lehmann Haupt (Professor der alten Geschichte an der Berliner Universität) den Beweis, daß die Königin Semiramis keine sagenhafte, zur Göttin erhobene Gestalt, sondern eine historische Persönlichkeit ist. — In der heutigen Abgeordnetenhausung wurde der Zukunftsvertrag beraten und mit dem „Ministergehalt“ begonnen. In buntem Wechsel wurden die Fragen der Vorbildung der Juristen, die Länge der Schwurgerichtsperioden, die Verschleppung der Erledigung der Schönbek-Affäre, die Weltfremdheit des Richterturns, die Einrichtung der Hilfsrichter bei den Landgerichten, Examenmissstände u. a. von den verschiedensten Abgeordneten besprochen. Der Justizminister De la Motte behandelte ausführlich den Fall der Frau v. Schönbeck, die übrigens jetzt in Berlin sein soll, und antwortete auf die einzelnen Fragen der Vorredner. Nachdem noch der Abg. Peltschohn (Frl. Wpt.) einige gegen die Rechtsanwaltschaft erhobenen Vorwürfe juristisch gewiesen hatte, vertagte sich das Haus auf Montag.

\* Meiningen, 4. Febr. Im Herzogtum wird jetzt obligatorischer Turnunterricht in den Fortbildungsschulen eingeführt, wozu die deutsche Turnerschaft die Anregung gegeben hat. Zunächst sollen Uebungsstunde der Turnschwerfdringenden in den Kreisstädten abgehalten werden. Die Regierung zahlt den dabei beteiligten Sportturnern täglich 3 M. aus Staatsmitteln.

**Deisterreich.**

\* Eger, 4. Febr. In der Nacht zum 2. Februar wurde in der Nähe des Friedhofes des bei Teplitz gelegenen Sprachgrenzortes

Gluboka der 70 jährige Gemeindevorsteher serbischer Herkunft ermordet. Täter sind zwei tschechische Grundbesitzer aus dem Orte, die jenen aus der Welt schaffen, weil er sich dem Baue einer tschechischen Schule in dem deutschem Orte Gluboka widersetze.

**Serbien.**

\* Belgrad, 5. Febr. Die Wiener „Pol. Korresp.“ erzählt über die Bergedung der serbischen Heereslieferungen folgendes: Französische Fabriken erhielten die Lieferung von 40 Schnellfeuerbatterien, 150,000 Schrapnell, 35 Millionen Gewehrpatronen, sowie Verspannungsgewehr für 15 Batterien. Deutschen Firmen wurde die Lieferung von 30,000 Repetiergewehren und 30 Millionen Gewehrpatronen übertragen. Zahlreiche Aufträge wurden der militärtechnischen Anstalt in Raguzewatz vorbehalten.

**Totales.**

\* Merseburg, 7. Februar.

\* Amtseinführung des Bürgermeisters Herrn Dr. jur. Haack. Heute vormittag um 11 Uhr hatten sich die Mitglieder des Magistrats und des Stadtordnungs-Kollegiums im Rathaussaal versammelt, um der Einführung des bisherigen Stadtrats Herrn Dr. jur. Haack in sein Amt als Bürgermeister beizuwohnen. Der Herr Regierungspräsident v. Eichenhart-Roth nahm die Einführung persönlich vor, indem er etwa folgende Ansprache an die Betreter der Stadt richtete: Meine Herren! Ich darf Ihnen mitteilen, daß des Königs Majestät gerührt haben, den bisherigen Stadtrat Herrn Dr. Haack, den Sie als Bürgermeister der Stadt Merseburg gewählt haben, als solchen zu bekräftigen. Ich habe die Ehre, ihn heute in sein Amt einzuführen. Sie haben mit dieser Wahl keinen Sprung ins Dunkle gemacht, der Gemächte hat Ihre Gemeinwesen schon einige Jahre mit Verwaltung und Sie haben Gelegenheit gehabt, sein Wissen und seine Leistungen kennen zu lernen. Wenn Sie Herrn Dr. Haack gewählt, so haben Sie die Gemächte gehabt, daß Sie ihn nach seiner Persönlichkeit und nach seinem Wissen für befähigt halten, die Aufgaben, welche ihm als Leiter der Stadt erwachsen, zu erfüllen. Sie wissen genau, daß eine Stadt wie Merseburg leicht von Ihren Nachbarn die Halle, Weisenfels und Jeltz überflügelt werden kann und daß Sie deshalb an ihrer Spitze eines Mannes bedarf, der ihre besonderen Interessen kennt und Initiative besitzt. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, jede Stadt hat ihre besonderen Aufgaben, und wiewohl die Aufgaben unserer Stadt Merseburg — ich rechne mich mit zu Ihren Angehörigen — in nächster Zeit keine besonders großen sein dürften, so erfordern sie doch einen ganzen Mann. Wir ist es, Herr Bürgermeister, nicht zweifelhaft, daß Sie das Vertrauen, welches man durch Ihre Wahl in Sie gesetzt hat, rechtfertigen und das leisten werden, was die Stadt von Ihnen erwartet. Sie wissen, daß jeder Beamte lernen muß aus der Vergangenheit. Wohl kann es Gelegenheiten geben, daß eine Stadt in wichtiger Sache diese folgen läßt, sie folgen verpasst, und es pflegt im kommunalen Leben so zu sein, daß eine Gelegenheit, einmal verpasst, nicht wieder kehrt. Wie ich gehört, beabsichtigt die Stadt sich neue Einnahmen zu verschaffen durch Errichtung eines eigenen Elektrizitätswerkes eine Angelegenheit, die sich zur Zeit noch nicht überlegen läßt. Wir mit mitgeteilt wurde, haben Sie, Herr Bürgermeister, die Absicht, recht lange in Merseburg zu bleiben. Möge Ihr Wirken der Stadt allezeit zum Segen gereichen! Indem ich Sie hiermit für eingeführt in Ihr neues Amt erkläre, spreche ich Ihnen gleichzeitig meine herzlichsten Glückwünsche aus. — Hierauf nahm der Stadtordeordnete-Vorsteher Herr Justizrat Haack das Wort zu etwa folgender Ansprache: Gestatten Sie, verehrter Herr Bürgermeister, daß auch ich Sie namens des Stadtordeordneten-Kollegiums beglückwünsche und herzlich beglückwünsche und unsere Freude ausdrücken darf, daß des Königs Majestät gerührt haben, Sie als Bürgermeister zu bekräftigen. Es sind nur wenige Jahre her, daß Sie hier wirkten, aber in dieser kurzen Zeit haben Sie sich das Vertrauen der Bürgerschaft und der rätlichen Körperschaft zu erwerben gewußt, das beweist auch die große Zahl der Stimmen, welche bei der Wahl auf Sie gefallen sind. Das neue Amt stellt größere Aufgaben an Ihre Selbständigkeit und Initiative, wir setzen aber die Hoffnung auf Sie, daß es Ihnen gelingen wird, diese

größeren Aufgaben zu erfüllen. Wer erfolgreich wirken will zum Wohle der Stadt, muß ein guter Bürger sein, in der Liebe zu unserer Stadt ruhen die Feine zu guten Taten, zu kraftvollem Wirken. Gott segne Ihre Amtverwalter, daß sie unserer Stadt zum Heile und Segen gereichen möge. — Der Herr Bürgermeister erwiderte: Hochverehrter Herr Regierungspräsident, Gestatten Sie, Ihnen zunächst meinen tiefgefühlten und aufrichtigsten Dank auszusprechen für die hohe Ehre, daß Sie persönlich erschienen sind, um mich in mein neues Amt einzuführen und für die Güte und das Wohlwollen, die Sie durch Ihre Ansprache an uns zu erkennen gegeben haben. Ich bitte, dieses Wohlwollen auch fernherhin der Stadt Merseburg erhalten zu wollen, mein eifrigstes Bestreben wird es stets sein und bleiben, mit der vorgelegten Dienstheft auch in gutem Einvernehmen zu wissen. Auch für Sie, verehrter Herr Stadtordeordnete-Vorsteher, trage ich Gefühle aufrichtigsten Dankes im Herzen und Dank endlich allen Herren Stadtordeordneten, welche durch ihre Wahl ihr Vertrauen mir zu erkennen gegeben haben. Ich bitte, die Versicherung entgegen zu nehmen, daß ich demütig bleiben werde, dieses Vertrauen durch die Tat zu rechtfertigen und daß ich alle Kräfte anspannen werde, zu tun, was der Stadt zum Wohl gereicht. Ich bitte, meine Herren Stadtordeordneten, Ihr Vertrauen mir auch für die Zukunft erhalten zu wollen, denn das gegenseitige Vertrauen muß die Grundlage bilden, auf der zum Wohle der Stadt weiter gebaut werden kann. Mögen Magistrat und Stadtordeordneten-Kollegium in diesem Einvernehmen weiter arbelten zum Wohle unseres Gemeinwesens. Wichtige Aufgaben sind es Gemein, welche im Laufe der letzten Jahre die Stadt gelbt hat, und für die Aufgaben der Zukunft werde er sich als Nichtschürer dienen lassen: Welche Sparsamkeit auf der einen und gefunden Fortschritt auf der anderen Seite. Auf Ihre Mitarbeit bin ich dabei besonders angewiesen. Die Grundzüge, von denen ich mich bei Ausbildung meiner amtlichen Wirksamkeit leiten lassen werde, sind dieselben geblieben, die ich vor zwei Jahren bei Übernahme meines bisherigen Amtes dargelegt habe: Das Bestreben allerzeitiger Gerechtigkeit und Unparteilichkeit, ohne Ansich der Person, auch der einfachste Mann wird bei mir sein Recht finden, Menschenfreundlichkeit und das Bestreben, das Vertrauen meiner Mitbürger mir zu erhalten. Mit diesen Grundbegriffen trete ich heute mein neues Amt an. Möge meine Arbeit getragen sein von dem Vertrauen meiner Mitbürger, damit sie unserer Stadt zum Heile und Segen gereiche. Das walte Gott!

\* Personalnotiz. Dem Rassenvorsteher Bruner ist die Verwaltung der Eisenbahn-Stationen in Merseburg übertragen worden.

\* Provinzial-Landtag. Der Amtsordner Wagner zu Reemtal (Kreis Stendal) ist zum Abgeordneten für den Provinzial-Landtag der Provinz Sachsen gewählt worden.

\* Hoffmann. Einer der ältesten Mitbürger, Herr Renner Christ Hoffmann, ist im Alter von 92 Jahren gestorben. Bis in die letzten Jahre erkrante er sich seltener geistiger und körperlicher Mäßigkeit. Er erkrankte sich ferner allgemeiner Mäßigkeit und Bekleibtheit.

\* Berlebsche Verein. Am 4. ds. Mts. fand ein Vorstandssitzung statt. An Stelle des verstorbenen Stadtordeordneten Richter wurde Herr Wegwerth als Mitglied des Vorstandes gewählt. In dem im Sommer d. J. eingehenden Parteiparagraphen soll in Betracht werden, und wird ferner die Andringung eines Gewerks vor dem Gotthardtdor, gegenüber dem Gasthof zur Linde, sowie die Andringung zweier Schilder an geeigneten Stellen mit der Aufschrift — zum Schloß — beschlossen. Von dem Inhalt des vom Vorstand von der Polizeiverwaltung angelegten Verzeichnisses über leerstehende Wohnungen an Quartalswechsel wurde Kenntnis genommen; die Vereinsmitglieder können diese Verzeichnisse im Comtoir des Vorstehenden Stadtrat Thiele einsehen. Vom Reichsbau-Direktorium ist die Errichtung einer Reichsbahn in Berlebsche in dieser Stadt wiederholt für vorkünftig abgelehnt, jedoch wird seitens des Vorstandes die Angelegenheit energisch weiter betrieben, und hofft derselbe doch noch auf Erfolg. Ueber den Stand der Rannal-Angelegenheit und anderer unsere Stadt und Umgebung berührenden Berlebsche-Projekte, sowie über verschiedene die Allgemeinheit interessierende Angelegenheiten wird Herr Reichsbauamt Dr. A. d. e. n. g. e. r. in einer in absehbarer Zeit einzuberufenden öffentlichen Versammlung berichten. Die nächste Vorstandssitzung findet am 15. ds. Mts., die







Todes-Anzeige.

Heute Morgen 6 1/2 Uhr verschied sanft nach kurzem Leiden in Berlin unser treusorgender Bruder und Onkel, der Rentier Christian Heinrich Hoffmann im 92. Lebensjahre. Tieftrauernd zeigen dies an Merseburg, Berlin, Halle a. S., den 6. Februar 1910. Familien Hoffmann und Schäfer.

Wo kann ich sparen?

Diese Frage stellt sich die besorgte Hausfrau mit Recht, nachdem der Bohnenkaffee so teuer geworden ist. Unter den bekannteren Kaffee-Ersatzmitteln nimmt Seeligs kandiierter Kornkaffee eine hervorragende Stelle ein, da er sich durch grösste Kaffeeähnlichkeit, angenehmes Aroma und hohen Nährwert, sowie niedrigen Preis auszeichnet. Das Halbfund-Paket, ausreichend für etwa 30-35 Tassen, kostet nur 20 Pf. Gratisproben und Niederlage-Verzeichnisse durch Emil Seelig A.-G., Heilbronn a. N.

Liedertafel.

Zu einer am Dienstag, den 8. ds. Mts. abends 8 1/2 Uhr im Tivoli stattfindenden Besprechung, betr. das nächste Vereinsfest, werden die ordentlichen u. außerordentlichen Mitglieder ergeben eingeladen. Der Vorstand.

Beamten-Wohnungs-Bereich zu Merseburg

Donnerstag, d. 17. Februar 1910 abends 8 1/2 Uhr im Refectura der „Vergesslichen“ Unterarten der ordentlichen Hauptversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Ergänzungswahlen. 3. Genehmigung der Bilanz Festsetzung der Dividende für 1909 und Entlastung des Vorstandes.

Die Bilanz und Jahresrechnung liegen eine Woche vor der Hauptversammlung und eine Woche nach derselben beim Kassaführer Steuerfeldtr. Katter, Dom 16, Seitengebäude, aus. Der Vorstand. Benfel. Katter. Schmidt.

Gesangunterricht

nach neuer, sehr bewährter Methode (von zur Mühen) erteilt Frau Dr. Wilhelm, Halle a. S., Reiter 22. Die Lieferung des Bedarfs an Verpflegungs-Gegenständen und Reinigungsmaterialien für die Zeit vom 1. April 1910 bis Ende März 1911 wie Brot, Semmel, Viktualien, Butter, Milch, Seife u. s. w. soll im Wege der öffentlichen Verdingung an den Mindestfordernden, sowie die Abnahme der Abgabepflichten und Brotreste an den Maßgebenden vergeben werden. Forderungen und Angebote sind bis Dienstag, den 15. Februar, 10 Uhr vormittags im Garnisonlazarett vorzulegen. Die Bedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus. Garnisonlazarett Merseburg.

Demmer's Zentralheizungs- und Lüftungs-Anlagen... Gebroder Demmer, Aktiengesellschaft, Eisenach. Ingenieur-Büro Magdeburg wst. Kleine Lindenallee 4. Telefon Nr. 5215.

Für die neue Krankenhaus wird zum 1. April bei hohem Lohn in dauernder Stellung ein in Wäschebehandlung und Ausbessern erfahrene älteres Mädchen oder alleinstehende Frau als Wäschebeschließerin, und ein dergleichen als Hilfskrankenwärterin per sofort gesucht. Meldungen mit Zeugnissen Meuschauerstrasse 15 erbeten.

Beste Hustenmittel, Eucalyptus u. Salbeibonbons, Honig-Malzbonbons in Paketen à 25 und 20 Pf., Cachou u. Salmiatpastillen, Emser- u. Sodener-Pastillen, Emser Kränchen bei Oskar Leberl, Drogen u. Farben, Burgstraße 18.

Germanische Fischhandlung. Empfehlung frisch auf Eis: Schellfische, Schollen, Gabeljau, Bücklinge, Mäandern, Mal, Kachsheringe, geräucherter Schellfisch, Bratheringe, Sardinen, Marinaden, Fischkonerven, Zitronen. W. Krämer.

Verblasste Stoffe kann jeder leicht u. billig selbst färben. BRAUN'S FARBEN. Millionenfach bewährt.

Flüssiges Brot in der Flasche ist das bekannte Köstritzer Schwarzbier aus der Fürstlichen Brauerei Köstritz. Seine auch ärztlicherseits anerkannten grossen Nährwerte machen das Bier zu einem wohlbekommlichen, billigen Gesundheits- und Kraftgetränk für jung und als Kranke und Gesunde, zu einem vorzüglichen Tafelbier und unentbehrlichem Haustrank. Köstritzer Schwarzbier wird nur aus reinem Hopfen, Malz und eisenhaltigem Wasser hergestellt, es hat wenig Alkohol und darf nicht mit den obergärigen, mit Zucker versetzten Malzbieren verwechselt werden. Nur echt bei: Bernh. Oeltzschner, Biergrosshandlung in Merseburg u. Mücheln, Christian Bohm, an der Geisel, Karl Schmidt, Unterartenlung u. A. Welzel in Merseburg.

Ganze Namen oder Vornamen läßt zum Besetzen von Wäsche usw. wehen tote Schrift auf weißem Band H. Schnee Nachf., Halle a. S., Gr. Steinstraße 84. (420) Stadttheater in Halle. Dienstag, 8. Februar, abds. 7 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.

Auktion im städtischen Viehhaus zu Merseburg Sonnabend, den 12. Februar 1910, von 9 Uhr ab der nicht eingelösten Pfandstücke von Nr. 51 101, bis Nr. 53 100, enthaltend Gold- und Silberfachen, Kleidungsstücke, Federbetten Wäsche pp. Die etwaigen Ueberflüsse können binnen Jahresfrist in der hiesigen Räumerkasse in Empfang genommen werden. Merseburg, den 9. Januar 1910. Der Verwaltungsrat. Ziele.

STOLLWERCK ADLER-KAKAO Blutbildend, Muskelstärkend. Wirklich ausgezeichnet schmecken.

MAGGI'S Suppen in Würstchen zu 10 Pf. für 2-3 Teller Suppe. Nur mit Wasser in kürzester Zeit zubereiten. Ich empfehle dieselben jedermann auf das Angelegentlichste. Wilh. Kieslich, Inh. Kurt Atzel, Adler-Drogerie, Entenplan 23.

Putze nur mit Globus Putzextrakt. Bester Metallputz der Welt. Von keinem anderen Metallputzmittel erreicht.

Lichtbad Helios. Merseburg. Meisenfeldstr. 9. Telefon 820. Elektr. Lichtbäder. Erfolgr. Kurverfahren bei Rheumatismus, Gicht, Bicht, Influenza, Nerven, Entzündungsther., Herpes, Haut, Blasen-, Magenleiden. Täglich, auch für Damen offen. Sonntag 8-11 Uhr.

Pferde zum Schlachten (1975) Reinhold Möbius, Hofschlachtereim. elektr. Motorbetrieb.

Bur Frühjahrsdüngung hat sich Peru-Guano „Füllhornmarke“ seit nahezu 50 Jahren bei allen Kulturen vorzüglich bewährt.

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Heine. — Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg.